



## Wirklich »guter Grund«?

Persönliche Gedanken zu den "Elf Leitsätzen für eine aufgeschlossene Kirche" der EKD

Von: Andreas Dreyer, erschienen im Deutschen Pfarrersblatt, Ausgabe 9/2020

In the summertime ...

Wenn eine Organisation ihre zentrale neue Botschaft mitten in der Sommerzeit proklamiert, dann will sie damit entweder erreichen, dass ihre Planungen zunächst urlaubsbedingt unwidersprochen und weitgehend unkommentiert im öffentlichen Raum stehenbleiben und sich dadurch schon einmal im Bewusstsein der Allgemeinheit festsetzen. Oder aber sie ist einfach schlecht beraten, weil das öffentliche Echo, das sie hervorrufen möchte, jahreszeitlich bedingt zumindest nicht im angestrebten Maße ausgelöst wird.

Man kann darüber mutmaßen, aus welchen der beiden genannten Gründe heraus – übrigens beide – Großkirchen seit Jahren schon genau derart agieren. Das fängt mit den Jahresstatistiken zur Kirchenzugehörigkeit an (meistens im Juli), findet sich wieder bei der Freiburger Studie<sup>1</sup> von 2019 (Juni) und hört bei den „Elf Leitsätzen“ der EKD<sup>2</sup> (ebenfalls Juni) noch lange nicht auf. Vielleicht ist es mittlerweile einfach schlechter Brauch, der sich verfestigt und zu einer Art Traditionsbildung geführt hat.

Wir wollen uns an dieser, allerdings irgendwie bezeichnenden, Äußerlichkeit nicht lange aufhalten. Nur kommt mir dabei stets in den Sinn: Wer so, mitten in der Zeit der alljährlichen Abiturprüfungen, mit den Bad News einer immer weiter schrumpfenden Kirche an die Öffentlichkeit geht, wird auf diese Weise vermutlich die meisten Interessenten für kirchliche Berufe verunsichern und auf eine andere Spur setzen. Kann das – Stichwort Zukunftsplanung – wirklich intendiert sein?

Zeilen statt Seiten?

Entscheidender als dies sind natürlich Form und Inhalt des Papiers, mit dem die EKD sich und v.a. wohl den Landeskirchen eine Art Neubesinnung verordnen will. Warum auch die Form? Nun, wer auf das 15seitige Papier schaut, reibt sich wahrscheinlich verwundert ob des gewöhnungsbedürftigen Layouts die Augen: ist es doch statt üblicher Seitenzählung mit einer nicht zu übersehenden Zeilenkalibrierung versehen. Eine Auffälligkeit, mit der man offensichtlich Aufmerksamkeit erheischen und zugleich zur Arbeit an und mit dem „iterativen“ (Thies Gundlach) Papier auffordern will. Mich erinnert es zunächst einmal an die einst von unseren Lehrkräften in der Schulzeit verteilten Arbeitsblätter, auf denen die Textquellen auch zumeist derart verunstaltet waren, womit gleich angezeigt werden sollte: dieser Text wird bitteschön nicht zum Vergnügen gelesen, sondern um akkurat darüber zu diskutieren und ordentlich zu zitieren. Zugleich sollte damit immer auch eine Hochwertigkeit der betreffenden Quelle signalisiert werden, denn sonst wäre der Aufwand ja unververtretbar.

Ob die „Elf Leitsätze“ es allerdings später einmal in Oberstufendiskurse oder gar Abitur-Klausuren schaffen werden, bleibt abzuwarten, auch wenn das Lesen des in typischer Kirchensprache verfassten Textes durchaus vergnügungssteuerfrei ist. Beispiel gefällig? „Zukünftig werden mediale Gestalten der Kommunikation des Evangeliums gefördert, die Chancen digitaler Kommunikation und Gemeinschaftsbildung verbinden ...“<sup>3</sup>. Was wohl Ernst Lange dazu sagen würde?

Die Kernfrage jedoch, die man sich beim Lesen der „Leitsätze“ stellt, lautet: Was genau will dieser



Zukunftsplan? Ist er nun das lang ersehnte Folgedokument zu „Kirche der Freiheit“ (2006)<sup>4</sup> oder doch etwas anderes, Neues? Was zumindest feststeht, ist eindeutig dies: Eine kritische Auseinandersetzung mit der Vorgänger-Agenda von Kirche der Freiheit, die man sich natürlich gewünscht hätte (und die auch erforderlich gewesen wäre), findet hier nicht statt, obwohl doch wohl zumindest eine Bezugnahme darauf allein um der Klarheit willen nötig gewesen wäre.

An ihrer Sprache ...?

Was noch auffällt: Die eigentümliche Sprache von damals ist weitgehend dieselbe geblieben, die Forderungen an Pfarrpersonen, Gemeindeglieder und Landeskirchen, die den Vorgaben natürlich Folge leisten sollen, gleichermaßen. „Die EKD fördert ...“, heißt es vielfach am Satzbeginn, oder: „an Bedeutung wird gewinnen ...“ – Ganz so, als stünden kommende Entwicklungen bereits unumstößlich fest, weil das „Z-Team“ es so will. Dabei haben doch schon die Prognosen und Forderungen aus Kirche der Freiheit nicht gezündet... Oder will man lediglich mit positiven Markern der Freiburger Studie mit ihrem brutalen Schrumpfungsszenario etwas entgegensetzen, um wenigstens einen Lichtschein an den Horizont zu zaubern? Dann allerdings wäre interessant zu erfahren, worauf genau dieser Optimismus gründet.

Fragen könnte man sicherlich neben dieser von jeder Kontingenzerfahrung befreiten Selbstgewissheit, wohin denn die Reise gehen wird. Mit welchem Geld eigentlich fördert eine selbst praktisch vollständig aus Umlagemitteln finanzierte Organisation ihre Vorhaben? Etwa mit dem Geld von Gemeindegliedern, denen sie an anderer Stelle<sup>5</sup> unterstellt, dem obsoleten und natürlich nicht zukunftsträgigen Parochialsystem bzw., fast noch schlimmer, der Vereinskirche<sup>6</sup> des 19. Jh. verhaftet zu sein?

Auch dieser Lapsus scheint mir, wie manch anderer, bezeichnend. Denn etwas fördern können zunächst einmal nur Personen bzw. Organisationen, die aus ihrem Vermögen heraus bestimmte Dinge für unterstützenswert halten. Wer in dieser Gesellschaft Erfolg hatte, möchte manchmal davon abgeben und sponsert ... So spricht man dann logischerweise von Fördermitgliedern oder Fördermitteln. Das jedoch lässt sich über die EKD und das Z-Team nun nicht sagen, denn sie verfügen über keine derart freien Mittel. Ergo: wer im Glashaus sitzt und selbst von den bzw. Umlagen anderer lebt, sollte nicht so tun, als wäre es genau andersherum. Und die Hand, die einen füttert, sollte man besser nicht beißen!

Die Denkfehler sind also teilweise die gleichen wie schon damals bei Kirche der Freiheit, dessen irrlichternde „Leuchfeuer“ (damals noch zwölf an der Zahl) zwar unvergessen, dafür aber längst zu Asche verglüht sind. Wie aber soll es, biblisch gesprochen, auch einen Neuanfang für ja in der Tat notwendige Reformen geben, wenn das Alte nicht zuvor ausgeräumt ist? Denn nur wer kritisch mit sich selbst ins Gericht geht, wird auch einen Neuanfang formulieren und gestalten können. Trendumkehr, Taufquoten, Besuchsquotensteigerung (so einst die Kernbegriffe von Kirche der Freiheit) – darauf wird überhaupt nicht eingegangen. So gewinnt man durchgängig den Eindruck, dass der Mut fehlt, eigene Fehler einzugestehen. Nur ganz am Rande scheint einmal vorsichtig etwas Selbstkritik durch. So an der Stelle, wo davon die Rede ist, dass „Kirche ... sparsamer... zu gesellschaftlichen Prozessen öffentlich Stellung nehmen“ (wird).<sup>7</sup> Ja, ein höchstes Lehramt oder eine vorgegebene Einheitsethik gibt es nun einmal bei uns Protestanten aus gutem Grund nicht, obschon man manchmal den Eindruck gewinnen musste, dass dem so sei.

Milieu-Amalgamierung – nichts leichter als das?

Dem Text eigen ist zudem der Grundgedanke der sehr weitgehenden Planbarkeit von Ereignisfolgen –



auch hier letztlich eine Neuauflage des zentralen Webfehlers von Kirche der Freiheit. Leitend sind v.a. der Gedanke bzw. die Hoffnung, durch die Beschleunigung und Verstärkung von vermeintlichen Modernisierungsprozessen<sup>8</sup> verloren gegangenes Terrain bzw. noch nicht erschlossene neue oder verlustig gegangene Milieus (wieder-)gewinnen zu können; diese also gleichsam zu den bisher noch kirchenträgenden Bevölkerungsgruppen aufaddieren zu können. Eine zwar gedanklich nachvollziehbare, in der Realität aber illusionäre Erwartung! Denn Kirche wäre (abgesehen davon, dass sie von ihrer Sache und ihrem Wesen her sich nicht dem Schema der Welt gleichmachen kann und darf)<sup>9</sup> die erste Organisation, der solch ein gewagter Turnaround, den andere Imageträger bei ungleich größeren Etats, Beraterstäben und professionellen Kampagnen bisher nicht steuern können, gelingen würde. Trägt doch solch ein Imagewechsel immer die Gefahr eines Verlustes der Stammklientel in sich.

Erklärungsbedürftig wäre zudem, warum man vor nicht so langer Zeit beispielsweise noch völlig andere ethische Positionen vertrat als heute. Hier scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein, sich möglichst klandestin von seiner früheren Agenda zu verabschieden, ohne dass die Menschen es bemerken sollen. Doch Reinwaschung ohne Vergangenheitsbewältigung ist nicht nur unbiblisch, sondern auch zum Scheitern verurteilt. So gehört schon reichlich viel Optimismus dazu zu glauben, dass sowohl die treuen Verbundenen wie auch die in Parochien tätigen Pfarrpersonen weiterhin fest zu einer Kirche stehen und den erforderlichen Mehrwert erwirtschaften werden, um dabei zu helfen, noch weitere Suprastrukturen und -stellen zu schaffen und zu unterhalten. Warum auch sollten sie es tun, wenn Kirche diese ihre Basis zugleich immer weniger würdigt und wertschätzt (beträchtlicher Pfarrstellenabbau in den vergangenen Jahren, während andernorts neue Stellen geschaffen wurden), weil ihr anderes wichtiger, zukunftssträchtiger erscheint („parochiale Strukturen werden sich wandeln ...“<sup>10</sup>, „parochiale Strukturen werden ihre dominierende Stellung ... verlieren“<sup>11</sup>)?

## Ein riskantes Spiel

Deutlich wahrscheinlicher ist deshalb vielmehr ein Szenario, bei dem der Braindrain – wie in vergleichbaren Organisationen auch – in Richtung der vermeintlichen Unternehmenszukunft, sprich: der oft höher dotierten und stärker ästimmten neuen Stellen geht. Sprich: man wird fortan schlichtweg kaum noch Pfarrpersonen für das ausgedünnte Netz an Parochien bzw. motivierte Ehrenamtliche finden; die Arbeit für die dort Tätigen wird sich weiter verdichten. Als wäre die Zahl der Burnouts bzw. der Dienstunfähigkeiten nicht jetzt schon alarmierend hoch!

Darum: Wer das bisher tragende und jetzt schon unterfinanzierte „Brot-und-Butter-Geschäft“ (so ein Kollege), weiter delegitimiert wie die Verfasser und die Mittel recht ungeniert umlenken will, der spielt realiter Vabanque und setzt damit die Zukunft des Ganzen aufs Spiel. Denn, soviel sollte den Verantwortlichen in leitender Position allein schon aus dem Studium der ungeliebten, aber wichtigen Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen (KMUs)<sup>12</sup> klar sein: Die Kirchensteuerzahler erwarten von ihrer Kirche vor allem eines, nämlich Präsenz vor Ort! Entfällt diese, gibt es weder eine theologische noch eine soziale Notwendigkeit, einer vor Ort dann nicht mehr identifizierbaren medialen „NGO-Kirche“ noch länger anzugehören. Ganz abgesehen davon, dass diese wohl dann auch recht bald verdienstermaßen ihr Kirchensteuerprivileg verlieren würde, wenn sie sich strukturell anderen NGOs immer weiter angleichen würde: Manche würden sich hier eine Fördermitgliedschaft zum Mindestbeitrag leisten (allerdings weit unterhalb des Kirchensteuer-pro-Kopf-Aufkommens), die große Mehrheit jedoch sicher nicht. Und gleiches gilt natürlich auch für die jetzt schon vielfach kritisierten Staatsleistungen, die ja auch zu guten Teilen darin gründen, dass damit lokale Gemeinden samt ihren Pfarrstellen gesichert werden sollen. Auch hier wird dann die Debatte um eine Ablösung dieser Gelder deutlich an Fahrt aufnehmen.

So besteht die reale Gefahr, dass das intendierte Ziel des Papiers, den Schrumpfungsprozess zu verlangsamen, in sein Gegenteil verkehrt wird. Dann nämlich, wenn auch die Noch-Verbundenen den



Weg aufs Landesamt gehen werden, weil Kirche sich aus ihrer Region verabschiedet hat, um den Rückzug in die Virtualität bzw. Digitalität anzutreten. Doch nach wie vor leben ca. 70% der Bundesbürger wenn auch eher als schweigende Mehrheit eben nicht großstädtisch, sondern jenseits der Ballungszentren.

## Konzern ohne Produkt?

Ungeachtet dessen ist natürlich v.a. aus theologischer Sicht Einhalt gegen ein weiteres Ausbluten der Kirchengemeinden, die man nur allzu gern regionalisieren und ihnen wahrscheinlich auch gleich ihren Körperschaftsstatus nehmen möchte, geboten. Die Reformation hingegen war zu wesentlichen Teilen gespeist aus einem starken hierarchiekritischen demokratischen Basisimpuls, den man im heutigen bundesdeutschen Protestantismus heute schon kaum noch wiederfindet. Subsidiarität statt Zentralität lautete die Parole. Doch statt Produktstolz wird – wieder einmal – aus falschverstandener Ökumenizität heraus die eigene Geschichte verschwiegen (wie schon 2017) und Kirche weiter zu einer Top-down-Organisation umgebaut.

Genau dieses Wesens- und Strukturmerkmal der Subsidiarität und Lokalität samt dem weitgehenden Verzicht auf Ämterhierarchien wie im Katholizismus kam zum inhaltlichen Reformationsnukleus, der Wiederentdeckung der Rechtfertigungsbotschaft, hinzu und erdete ihn gewissermaßen: Die reformatorischen Kirchen waren eben bewusst keine Bischofskirchen mehr, sondern teilautonome Gemeindegemeinden, in denen „Laien“ das Recht auf Pfarrwahl und Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten verliehen wurde. Man lese neben der Freiheitsschrift dazu Luthers Schrift „Das eine Kirchengemeinde ...“ von 1523<sup>13</sup>! Im Ergebnis entstand eine Frühform des später so bezeichneten Subsidiaritätsprinzip, das der ortsnahen, basisnahen Ebene den klaren Vorrang vor der Suprastruktur einräumte. Eine gemeindevergessene und basisferne evangelische Medien- oder „NGO-Kirche“ (Günter Thomas), die sich ihrer Gemeinden schämt und ihrer Strategiestellen rühmt<sup>14</sup>, wäre folglich eo ipso keine reformatorische mehr, weil sie sich von ihrem Ursprung und ihren Kernkenntnissen diametral verabschiedet hätte. Da hilft dann weder ökumenische Verbundenheit (Z. 185) noch die Partnerschaft zu diversen NGOs, die man anscheinend als Königsweg ansieht.

Und auch das muss klar sein: Koalitionen, welcher Art auch immer, verunklaren stets das Profil. NGOs sind zudem keineswegs darauf bedacht, die Zukunft der Kirche zu sichern, sondern ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Die Andersartigkeit der Kirche Jesu Christi, die eben (hoffentlich) den Zuspruch des Evangeliums (Indikativ) ins Zentrum stellt und nicht reihenweise gesetzliche Forderungen (Imperativ) aneinanderreicht, droht dabei nahezu verloren zu gehen. Kirche wird so zum beliebigen Sparringspartner für diverse politische oder gesellschaftliche Gruppierungen und juste-milieus. Statt des befreienden „Es ist alles getan!“ ergeht sich Kirche in Aktionismus und Forderungen allerlei Art. Oder kurz und knapp: Gesetz statt Evangelium!

## Fazit und Ausweg

Wenn eine reformatorische Kirche meint, ohne Fokussierung auf ihre Kernbotschaft der Rechtfertigung des Sünders aus der freien Gnade Gottes, ohne Bewahrung des zentralen biblischen wie reformatorischen Gemeinde-Basis-Impulses der Dezentralität und Subsidiarität, ohne Betonung und Bewahrung ihres hierarchiekritischen (lutherischen) Gründungsimpulses, ohne Bekenntnis zur Unterscheidung von Staat und Kirche (Zwei-Regimenten-Lehre), ohne wirkliche Entfaltung des christlichen Menschenbildes, weitgehend aus einer Adaption von Organisationsentwicklungslehren heraus ihre Zukunft sichern zu können, so wird sich dies ziemlich sicher als gehöriger Trugschluss erweisen.



Wie aber kann es stattdessen weitergehen und ein Ausweg aus den derzeitigen Aporien des Relevanz- und Mitgliederverlustes und der Theologievergessenheit herausgefunden werden? Was m.E. statt fataler Kanonisierung dieser Leitsätze unbedingt geboten wäre, ist vielmehr ein Blick auf die wegweisende Demokratiedenkschrift der EKD von 1985<sup>15</sup>, die leider seit Jahren schon völlig vergessen ist. Dabei half sie am Ausgang der 1980er Jahre, vergleichbare gesellschaftliche Gräben und Verwerfungen zu überwinden, weil sie bei der Sache der Theologie blieb und den Blick auf die zentralen Erkenntnisse protestantischer Theologie lenkte und sowohl Schwärmertum wie auch Moralismus oder Gesetzlichkeit eine klare Absage erteilt wurde. Dafür kann den Verfassern von damals (den Vorsitz hatte Trutz Rendtorff) kaum genug gedankt werden.

Ich zitiere aus dem Schlusskapitel der Denkschrift unter der Überschrift „Anforderungen an uns selbst“: „Die Kirche ... nimmt den Christen nicht ihre Verantwortung als Bürger ab“<sup>16</sup> – das heißt ja doch wohl, für oder gegen welche NGOs und ethische Positionen sich der einzelne Christ entscheidet, ist – gut lutherisch – seine Privat- und Gewissenssache und eben nicht Angelegenheit einer Zentrale, die dies den mündigen Mitgliedern abnimmt.

„Politische Überzeugung und christlicher Glaube sind nicht identisch. Damit Leben und Handeln in der menschlichen Freiheit bleibt, auf welche die Demokratie gründet, muss die Kirche über diesen befreienden Unterschied wachen.“<sup>17</sup> – Dies kann und muss die EKD in der Tat als Handlungsfeld endlich wiederentdecken und reanimieren, wenn sie einerseits reformatorisch und zugleich in der modernen Gesellschaft angekommen und anschlussfähig sein will. Zeitgenossen des 21. Jh. werden sich in ihrem Urteil kaum bevormunden lassen, nur weil jemand ex cathedra spricht. Und Kirche kann und darf sich eben nicht vor parteipolitische Karren spannen lassen. Jede und jeder, der oder die ein Amt in der Kirche innehat, ist insofern permanent aufgefordert, zwischen Amtsauffassung und Privatmeinung zu differenzieren und dies auch nach außen hin klar zu kommunizieren<sup>18</sup>. Dazu ist ein lösendes Wort längst überfällig!

„Die Kirche hat nicht die Funktion, den einzelnen Christen die Entscheidung, die er als Bürger zu treffen hat, abzunehmen. Sie kann keine andere Autorität in Anspruch nehmen als die Überzeugungskraft ihrer Sachargumente.“<sup>19</sup> D.h., sie muss sich endlich wieder klar zu Überparteilichkeit und Neutralität bekennen, eben weil sie keine höhere Sachautorität und kein höchstes Lehramt für sich beanspruchen kann. Wer von der Mündigkeit des modernen Menschen redet (Priestertum aller Getauften) darf nicht, sobald es konkret wird, ins genaue Gegenteil verfallen.

Und zu guter Letzt: „Insbesondere kann und darf die Zugehörigkeit zur Kirche durch unterschiedliche Gewissensurteile in konkreten Fragen der politischen Existenz nicht gegenseitig abgesprochen werden.“<sup>20</sup> Dann – und nur dann! – wird der Protestantismus auch in gesellschaftlichen Fragen und Auseinandersetzungen wieder Gehör finden und als kompetenter Gesprächspartner ernst genommen werden können, eben weil er bei seiner Sache bleibt und nicht von vornherein Meinungsvielfalt ausschließt oder gar zu verhindern sucht. Das allerdings wäre dringend zu wünschen.

Andreas Dreyer

## Anmerkungen

1?Langfristige Projektion der Kirchenmitglieder..., hg. vom FZG Freiburg unter Leitung von Bernd Raffelhüschen sowie EKD und DBK, Hannover/Bonn 2019.

2?Bericht aus dem Z-Team, Kirche auf gutem Grund – Elf Leitsätze für eine aufgeschlossene Kirche. Hg. EKD, Hannover 2020.

3?Leitsätze, Z. 213.



4?Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert. Hg. Kirchenamt der EKD, Hannover 2006.

5?Vgl. Leitsätze, Z. 263ff.

6?Ebd., Z. 296.

7?Z. 69f.

8?Digitalisierung etc., vgl. Z. 213.

9?R 12.2.

10?Z. 263.

11?Z. 292f.

12?Vgl. Engagement und Indifferenz, V. EKD-Erhebung zur Kirchenmitgliedschaft, Hannover 2014, 96ff.

13?Martin Luther, Dass eine christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, alle Lehre zu urteilen und Lehrer zu berufen, ein- und abzusetzen, Grund und Ursache aus der Schrift, 1523.

14?2. Kor. 11,30ff.

15?Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Hg. EKD, Hannover 1985.

16?Ebd., 51.

17?Ebd.

18?Vgl. §34 PfdG.EKD.

19?Ebd., 52.

20?Ebd.

Deutsches Pfarrersblatt, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel